

■ SPD, Grüne, CDU und die Linke haben sich für weitere zehn Jahre auf die Fortsetzung des »Bremer Schulkonsenses« geeinigt. Die Fachgruppe hält die in der Erklärung vereinbarten Maßnahmen überwiegend für ungeeignet, die Probleme der Oberschulen zu lösen oder auch nur wesentlich abzumildern.

1. Die Parteivorsitzenden begründen ihre Unterschrift damit, »dass sich das zweisäulige System aus Oberschulen und Gymnasien etabliert

Noch mehr von der selben unwirksamen Medizin?

Stellungnahme der GEW-Fachgruppe
»Oberschule – Eine Schule für Alle«
zur Verlängerung des »Bremer
Schulkonsenses« bis 2028

habe und die Inklusion akzeptiert sei.« Aber nach wie vor gibt es Oberschulen mit vielfältigen Problemlagen, die von Eltern aus bildungsnahen und bürgerlichen Elternhäusern gemieden werden. Und auch an Gymnasien klagen viele Schüler*innen und Eltern über starken Stress, ausufernden Nachmittagsunterricht etc. Eine breite gesellschaftliche Akzeptanz des Bildungssystems, wie zum Beispiel in den skandinavischen Ländern, ist weder in Bremen noch in ganz Deutschland gegeben.

2. Das gesamte Bremer Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Alle Ansätze zu Ausbesserungen und Reparaturen werden zu keiner substantziellen Änderung der Bildungsmisere führen, solange nicht für eine groß angelegte Bildungsoffensive Geld zur Verfügung gestellt wird. Geschieht dies nicht, wird sich die Willensbekundung der Parteien, Schulen zu sanieren und neu zu bauen, die Inklusion auszugestalten, Lehrkräfte zu entlasten, die Bildungsqualität zu verbessern, die Digitalisierung voran zu treiben, – von punktuellen Verbesserungen

abgesehen – in ihrer Gesamtheit als leere Versprechung erweisen.

3. Als zentralen Ansatz zur Qualitätsentwicklung an Schulen sehen die Parteien die »datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung«. Dazu soll gemäß den Empfehlungen der Expertenkommission zur Evaluation der Schulreform von 2008 ein »Bremer Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich« eingerichtet werden. Hierfür werden Finanzmittel bereitgestellt werden, die nach Ansicht der GEW besser direkt an die Schulen fließen sollten.

Schon bisher sind die Bremer Schulen seit dem ersten PISA-Test 2002 mit unzähligen Schultest und Vergleichsarbeiten überzogen worden. In nunmehr 18 Jahren »datenbasierter Schul- und Unterrichtsentwicklung« konnten durch diesen Ansatz keine Fortschritte erzielt werden. Und jetzt beschließen die Parteien: Noch mehr von der selben unwirksamen Medizin.

4. Den Schulleitungen werden umfangreichere Vorgesetztenrechte eingeräumt. Damit wird die Rolle der Gesamtkonferenz geschwächt und innerschulische Demokratie abgebaut. Der Schulleitung obliegt damit die Optimierung der Arbeit – jedoch immer in den bestehenden und von außen gesetzten Bedingungen, die von der Unterfinanzierung bestimmt sind. Bei der Ressourcenausstattung soll ein System der Rechenschaftslegung zum Einsatz bereitgestellter Ressourcen entwickelt werden: Damit wird so getan, als ob die Bremer Bildungsmisere dem fehlgeleiteten Einsatz von Finanzmitteln geschuldet sei.

5. Neben diesen ungeeigneten Maßnahmen sind in dem Papier einige Zusagen enthalten, die personelle Ausstattung der Schulen zu verbessern, insbesondere in den Stadtteilen mit hoher Armut. So sollen »Grundschulen mit besonderen sozialen, integrationspolitischen und pädagogischen Herausforderungen« eine Doppelbesetzung erhalten. Auch die vereinbarte »bedarfsorientierte Weiterentwicklung« der Ressourcenzuweisungen könnte für diese Bereiche Erleichterungen bringen. Eine

Angleichung der Finanzausstattung der Schulen an die beiden anderen Stadtstaaten wird angestrebt. Dies wäre ein Schritt in die richtige Richtung, den die GEW seit Jahren fordert. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Ausstattung der Schulen in allen Bundesländern – einschließlich Berlin und Hamburg – noch weit unter dem durchschnittlichen Standard der OECD-Länder liegt.

6. Die Unterschiede bei der Schulanfrage von Oberschulen mit eigener Oberstufe und Oberschulen mit nur zugeordneter Oberstufe sollen durch inhaltliche Profilierung und Kooperation mit den Grundschulen in der Region reduziert werden. Wie diese Maßnahmen die Benachteiligung abbauen sollen, bleibt ein Rätsel. Alle Oberschulen einer Region benötigen eine gemeinsame Oberstufe. Die Auflösung der Sek.-II-Zentren in der Stadtgemeinde Bremen war ein Fehler.

7. Der Entwicklungsplan Inklusion soll fortgeschrieben werden. Eine Arbeitsgruppe »Inklusive Bildung« soll den Prozess begleiten. Die Fortschreibung des Entwicklungsplanes Inklusion suggeriert, dass die dort genannten Empfehlungen bereits umfänglich umgesetzt wurden und jetzt nur weiterlaufen sollen. Dies ist aber nicht der Fall. Viele der Empfehlungen aus dem Entwicklungsplan müssten überhaupt erst einmal umgesetzt werden. So werden zum Beispiel die drei Stunden sonderpädagogische Unterstützung pro Schüler mit Förderbedarf in der Praxis häufig unterschritten.

8. Alle Schulen sollen sich zu Ganztagschulen weiter entwickeln, möglichst in gebundener Form. Der hohe qualitative Anspruch an den Ganztags muss sich auch in einer angemessenen Zuweisung von Ressourcen widerspiegeln. In Bezug auf die Ausstattung der Ganztagschulen bleibt es jedoch bei Absichtserklärungen ohne konkrete Zusagen.

9. Das Papier stellt den Anspruch, Perspektiven bis 2028 aufzuzeigen. Eine grundlegende Schulreform wird nicht angegangen. Deutschland bleibt (zusammen mit Österreich)



Der Kommentar der Bremer Personalversammlung zum geplanten Qualitätsinstitut

Foto: GEW

das einzige europäische Land, das die Schüler*innen nach der vierten Klasse in verschiedene Schulformen aufteilt. Die von SPD, Grünen und Linken einstmals geforderte Orientierung auf ein »längeres gemeinsa-

mes Lernen« wird in diesem »Konsens« für zehn Jahre auf Eis gelegt. **Wir als Fachgruppe Oberschule halten an der Perspektive »Eine Schule für Alle« fest. Diese kann aber nur in einem breiten gesell-**

schaftlichen Konsens verwirklicht werden. Dazu bedarf es eines pädagogischen und didaktischen Konzeptes und einer finanziellen Ausstattung, die alle Schulen im Bundesland Bremen attraktiv macht.

Bildungsreise nach Süd-Dänemark

■ Der AK Internationales der GEW-Bremen hat in diesem Jahr im Rahmen seiner Reihe: »Der Blick über den Tellerrand – Die Schulsysteme unserer Nachbarländer kennenlernen" eine erfolgreiche Reise in die

Niederlande zusammen mit der niederländischen Gewerkschaft Aob in Groningen organisiert. Die BLZ berichtete darüber. Im nächsten Jahr bieten wir nun eine Bildungsreise nach Süd-Dänemark vom Donners-

tag, 28. Februar, bis zum Sonnabend, 2. März, an, um das dänische Schulsystem kennenzulernen mit einem Schwerpunkt auf die Schulen der deutschen Minderheit in Nordschleswig/Süd-Dänemark. Wir haben die Fahrt bewusst so organisiert, dass nur ein Wochentag/Schultag davon betroffen ist. Die Fahrt wird weitgehend von der GEW finanziert. Weitere Informationen erteilt der Kollege Karl-Heinz Pitz (pitz@uni-bremen.de)

Fachgruppe GYO gegründet!

■ Am 11. September haben acht Kolleginnen und Kollegen die Fachgruppe Gymnasiale Oberstufe gegründet. Wir laden alle Lehrkräfte von Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zur Teilnahme ein. Es wird Zeit, dass unsere Stimme in Bremen, innerhalb und außerhalb der GEW, wieder deutlich hörbar wird. Auf dem Gründungstreffen haben wir uns an relevante Themen heran-

getastet. Dazu gehören natürlich die Arbeitsbedingungen in der Oberstufe, die Belästigung durch unnötige bürokratische Verpflichtungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Altersermäßigung, Verfügungsstunden und ähnliches Bildungspolitisch waren wir uns einig in der Forderung, dass die Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler im Sinne der früheren Kollegstufe wieder

erweitert werden sollten. Einer weiteren Zentralisierung des Abiturs ist Einhalt zu gebieten. Andere interessante Fragen harren der Diskussion: Welchen Bildungsbegriff haben wir eigentlich? Geht Studierfähigkeit verloren? Wir freuen uns über weitere Interessierte – die ihre Ideen und Bedürfnisse in die Debatte einbringen.

Die nächste Sitzung ist am 13. November um 17:00 Uhr in der Lilie, Findorff. WG